

Dringlichkeitsantrag: Zukunft wird aus Mut gemacht – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach der Bundestagswahl



2. Ordentlicher Länderrat, 30. September 2017, Berlin
Ufer-Studios, Uferstr. 8, 10555 Berlin-Wedding

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 28.09.2017
Tagesordnungspunkt: BTW Aussprache zur Bundestagswahl

- 1 Bei der Bundestagswahl haben 4.157.564 Wählerinnen und Wähler uns Grünen ihre
- 2 Stimme anvertraut – und damit haben wir unser bisher zweitbestes Ergebnis
- 3 erreicht. Diese Menschen haben sich für starken Klimaschutz, gelingende
- 4 Integration in einer offenen und freien Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit und
- 5 ein starkes, solidarisches Europa ausgesprochen. Wir danken ihnen für ihr
- 6 Vertrauen. Es ist uns Verpflichtung, mit vollem Einsatz für unsere Werte
- 7 einzustehen und für unsere Ziele zu kämpfen.

- 8 Wir haben uns mit diesem Ergebnis behauptet nach einem für uns nicht einfachen
- 9 Wahlkampf. Gerade in den letzten Tagen vor der Wahl konnten wir noch mal sehr
- 10 viele Bürgerinnen und Bürger für uns gewinnen. Besonders stark haben wir bei
- 11 jungen Menschen und Frauen abgeschnitten. Dennoch haben wir unsere Ziele, ein
- 12 deutlich zweistelliges Wahlergebnis zu holen und dritte Kraft zu werden, leider
- 13 nicht erreichen können. Dazu haben wir in den ostdeutschen Bundesländern bis auf
- 14 Brandenburg auf bereits niedrigem Niveau weiter verloren. Unser grünes
- 15 Wahlergebnis werden wir in den kommenden Wochen und Monaten gemeinsam von allen
- 16 Seiten gründlich beleuchten, um daraus für kommende Wahlen zu lernen. Wir werden
- 17 unsere Anstrengungen verstärken, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Ostdeutschland
- 18 voranzubringen.

- 19 Insgesamt macht uns das Ergebnis dieser Bundestagswahl sehr nachdenklich.
- 20 Deutschland rückt nach rechts. Mit der AfD ziehen in großer Zahl völkische und
- 21 teils rechtsextreme Abgeordnete in den Deutschen Bundestag ein. Ihre Wahl ist zu
- 22 großen Teilen Ausdruck von Protest und Enttäuschung und eines schwindenden
- 23 Zusammenhalts in der Gesellschaft. Wir werden es ihr nicht durchgehen lassen,
- 24 mit gezielten Grenzüberschreitungen Debatten zu dominieren. Wir setzen weiter
- 25 auf Zukunft, Empathie, Tatkraft und Zusammenhalt statt auf Hass und Hetze. Die
- 26 Antwort auf die neue Rechte muss zum einem die klare Abgrenzung und
- 27 demokratische Auseinandersetzung in der konkreten Sache sein. Zum anderen ist es
- 28 Aufgabe der kommenden Bundesregierung der Spaltung unseres Landes
- 29 entgegenzuwirken und den Zusammenhalt dieser Gesellschaft zu stärken. Wir wollen
- 30 den demokratischen Diskurs neu beleben und den Parlamentarismus stärken durch
- 31 mehr Debatte und mehr politische Leidenschaft in der politischen Arbeit.

- 32 Das Parteiensystem ändert sich und die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten
- 33 werden komplizierter. Die Bundestagswahl nachvollzieht damit eine Entwicklung,
- 34 die wir in den Ländern seit einiger Zeit bereits miterleben. Wir gehen damit
- 35 verantwortungsvoll um. Das bedeutet auch, dass wir unseren Kurs der
- 36 Eigenständigkeit ernst nehmen. Wir regieren derzeit in zehn Ländern in acht

37 verschiedenen Konstellationen – mit einer klaren Verortung als Partei der linken
38 Mitte. Diese Verortung gibt uns Kraft und Klarheit für die anstehenden
39 Herausforderungen.

40 Es ist die Aufgabe der demokratischen Parteien, mit diesem Wahlergebnis
41 verantwortlich umzugehen. Dazu gehört es, eine stabile Regierung in turbulenten
42 Zeiten zu bilden. Wir sind gut darauf vorbereitet, ernsthafte
43 Sondierungsgespräche zu führen. Wir haben vor der Wahl gesagt, dass wir bereit
44 sind, mit allen Parteien außer der AfD zu sprechen. Das gilt weiterhin. Das
45 betrachten wir als unsere demokratische Pflicht. Wir gehen in die Gespräche als
46 progressive Kraft und verstehen uns als Stimme der progressiv denkenden Menschen
47 in unserem Land.

48 Eine Einladung der CDU und CSU zu gemeinsamen Sondierungsgesprächen mit der FDP
49 nehmen wir an. Die Hürden für eine Zusammenarbeit sind hoch. Ob sie überwindbar
50 sind und ob die beteiligten Parteien bereit sind, sich zu bewegen, können wir
51 erst nach Gesprächen beurteilen. Es gibt keinen Automatismus für eine
52 Regierungsbeteiligung. Wenn Gespräche nicht konstruktiv verlaufen, dann werden
53 wir aus der Opposition für Veränderung kämpfen. Wir haben gezeigt, dass wir auch
54 aus der Opposition Entscheidendes bewegen können.

55 In den Gesprächen werden wir klar machen, dass wir ökologischen Fortschritt und
56 mehr soziale Gerechtigkeit in einem Land erreichen wollen, in dem das soziale
57 Gefüge brüchig wird. Wir wollen, dass Deutschland ein weltoffenes Land bleibt
58 und ein starkes, solidarisches Europa voranbringen, das Globalisierung
59 nachhaltig und gerecht gestaltet. Wir stehen für eine humane Flüchtlingspolitik
60 ein. Unsere Grundlage für diese Gespräche ist unser Wahlprogramm. Deutschland
61 kann sich keine weiteren vier Jahre Stillstand leisten. Entscheidend ist, ob wir
62 unsere zehn Kernvorhaben entschieden voranbringen können. Wir haben in der rot-
63 grünen Regierungszeit von 1998 bis 2005 gezeigt, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
64 dieses Land entscheidend vorangebracht haben. Das ist unser Anspruch.

65 Wir erteilen einer Sondierungsgruppe unter der Leitung von Katrin Göring-Eckardt
66 und Cem Özdemir das Mandat, diese Sondierungsgespräche für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
67 zu führen. Weitere Mitglieder der Gruppe sind Annalena Baerbock, Agnieszka
68 Brugger, Reinhard Bütikofer, Katja Dörner, Robert Habeck, Britta Haßelmann,
69 Anton Hofreiter, Michael Kellner, Winfried Kretschmann, Simone Peter, Claudia
70 Roth und Jürgen Trittin.

71 Die Sondierungsgruppe wird den Stand fortlaufend mit dem Bundesvorstand und
72 Parteirat rückkoppeln. Sollten die Sondierungsgespräche so verlaufen, dass die
73 Sondierungsgruppe und der Bundesvorstand nach Beratung mit dem Parteirat die
74 Aufnahme von Koalitionsverhandlungen empfehlen, wird eine
75 Bundesdelegiertenkonferenz über deren Aufnahme entscheiden und eine grüne
76 Verhandlungsgruppe einsetzen. Die Bundesdelegiertenkonferenz am 21. Oktober 2017
77 wird verschoben bis sich der Zeitplan für Sondierungen zwischen CDU und CSU, FDP
78 und uns konkretisiert hat.

79 Über einen eventuellen Koalitionsvertrag entscheiden, wie bereits mit dem
80 Wahlprogramm beschlossen, die Parteimitglieder in einer Urabstimmung, deren

81 Ablauf die nächste Bundesdelegiertenkonferenz bestimmen wird. Wir werden dabei
82 einen schnellen Informationsprozess in die Partei gewährleisten und Räume zur
83 Diskussion anbieten. Der Bundesvorstand und Parteirat würden in diesem Fall auf
84 einer Bundesdelegiertenkonferenz am 26./27. Januar 2018 neu gewählt werden.
85 Sollten die Sondierungsgespräche im Laufe des Oktobers 2017 scheitern, würde
86 eine Bundesdelegiertenkonferenz am 1. und 2. Dezember 2017 mit Vorstandswahlen
87 stattfinden. Im Januar 2018 würde dann keine Bundesdelegiertenkonferenz
88 stattfinden.